

*Auf den Protestveranstaltungen, die Kolleg*innen in vielen bayerischen Städten gegen das Piazolo-Paket organisierten, hielten unsere Kolleg*innen beeindruckende Reden. Leider fehlt uns der Platz, hier alle abzudrucken. Ihr findet sie jedoch auf der GEW-Homepage (gew-bayern.de) haben wir alle eingestellt. Stellvertretend drucken wir hier je einen Beitrag aus Fürth (200 Demonstrierende), Würzburg (750 Demonstrierende), München (400 Demonstrierende) und Nürnberg (2.000 Demonstrierende) ab. Die Fotos zeigen die jeweiligen Kundgebungen.*



**Liebe Kolleginnen und Kollegen,
herzlich willkommen!**

Da hat uns das Kultusministerium ein schönes nachträgliches Weihnachtsgeschenk beschert. Zum Jahresauftakt wurde uns das euch bereits bekannte Piazolo-Paket über die Presse verkündet. Übrigens: Die Personalvertretung wurde darüber zehn Tage später informiert – so viel zum Thema »vertrauensvolle Zusammenarbeit«.

Als Personalrätin bekam ich in den letzten Tagen viele Anfragen und Zuschriften von Kolleginnen und Kollegen. In einem Brief stand: »Ich bin jetzt 63 Jahre, ich arbeite gerne, ich mag die Kinder, ich liebe meinen Beruf.«

Ich weiß, dass diese Zeilen für fast alle Lehrerinnen und Lehrer zutreffen. Und deshalb ist auch die Wut und die Empörung so groß. Denn wir lieben unseren Beruf, wir wollen gut unterrichten und pädagogisch sinnvoll arbeiten. Wir gestalten modernen, inklusiven Unterricht und neben der Hauptaufgabe des Unterrichts entwickeln wir unsere Schulen weiter und erstellen Schulentwicklungskonzepte, Ganztags- und Medienkonzepte. Wir setzen die Digitalisierung an unseren Schulen um und sorgen dafür, dass auch die Umwelt-, Gesundheits- und Verkehrserziehung ihren Platz im Schulalltag findet. Ich könnte noch viele, viele weitere Aufgaben aufzählen, die den Schulen in den letzten Jahren

Der Personalmangel ist hausgemacht

aufgebürdet wurden. Uns liegen die Kinder am Herzen und dafür haben wir in den letzten Jahren auch viele dieser zusätzlichen Aufgaben übernommen, ohne dass wir dafür, z. B. für die Digitalisierung, ausgebildet wären und auch unter miserablen Rahmenbedingungen.

Seit Jahren fordert die GEW für diese Aufgaben und v. a. für die Herkulesaufgaben wie Inklusion und Ganztags wesentlich mehr Personal und finanzielle Ressourcen. Außerdem wurden immer wieder multiprofessionelle Teams, Zeit für Fortbildungen und Teamarbeit sowie eine bessere Ausstattung gefordert. Aber fast nichts wurde erfüllt – auch nicht in Zeiten, als es noch genug Lehrkräfte gab. Im Gegenteil: Über Jahre hinweg hat man gut ausgebildete, junge Grundschullehrerinnen und -lehrer nicht übernommen. Und Geld für Bildung gab's auch nicht – die Schulen wurden im Stich gelassen.

Schon vor zehn Jahren hätte das Kultusministerium entsprechend planen können und müssen!

Man muss es immer wieder klar und deutlich sagen: Der Personalmangel an Grund-, Mittel- und Förderschulen ist hausgemacht. Geburtenraten, Ruhestandsversetzungen und Ausbildungskapazitäten sind Größen, die bekannt sind und in langfristige Planungen hätten einbezogen werden müssen. Aber

nicht, dass jemand auf die Idee kommt, die Verantwortlichen aus dem Kultusministerium für ihre miserable Arbeit zur Rechenschaft zu ziehen! Nein, die Konsequenzen dieser desaströsen Fehlplanungen müssen schon von den Kolleginnen und Kollegen an den Schulen und von den Schülerinnen und Schülern ausgebadet werden.

Seit vier Jahren verschlimmert sich nun der Lehrkräftemangel in der Grund-, Mittel- und Förderschule drastisch. Schon 2016 warnte die GEW, erntete aber vom damaligen Kultusminister Spaenle und von Bildungspolitikern der CSU nur Hohn und Spott.

Die verzweifelten Versuche des Kultusministeriums, die Unterrichtsversorgung mit fachfremdem Personal, mit noch nicht fertig ausgebildeten Lehrkräften, mit Umschulungsmaßnahmen sowie mit dem Slogan »Vor jeder Klasse steht ein Lehrer« (Piazolo) sicherzustellen, sind nun gescheitert.

Das Kultusministerium kündigt an, die Antragsteilzeit für Lehrkräfte auf ein Mindeststundenmaß von 23 bzw. 24 Unterrichtsstunden anzuheben und den Antragsruhestand künftig erst ein Jahr später, also ab dem 65. Lebensjahr, zu genehmigen. Zudem sind Freistellungsmodelle wie das Sabbatjahr nicht mehr möglich. Die Unterrichtspflichtzeit der Grundschulkolleginnen und -kollegen wird vorübergehend um eine Unterrichtsstunde pro Woche erhöht.

Auch der jetzige Kultusminister Prof. Piazzolo – Freie Wähler – verhöhnt uns. Über Funk und Fernsehen verkündet er: »Wir sollten diese Maßnahmen als Wertschätzung sehen.« Weil wir so gut arbeiten, dürfen wir länger arbeiten. Nach dieser Logik müssten Sie, Herr Piazzolo, und etliche Bildungspolitiker der CSU und der Freien Wähler sofort in Kurzarbeit sein oder gar abdanken.

Nein! Wir empfinden es nicht als Wertschätzung! Diese Maßnahmen bringen das Fass zum Überlaufen!

Die Kollegin, die ich bereits anfangs zitierte, schreibt weiter: »Ich bin 63 Jahre, ich hatte im letzten Jahr gesundheitliche Rückschläge, deshalb habe ich meine Lebensplanung darauf ausgerichtet, mit 64 auf Antrag in Ruhestand zu gehen. Es ist einfach genug!« Ja, es reicht!

Auch wenn Kultusminister Piazzolo betont, dass all diese Vorgaben nur vorübergehenden Charakter haben, ist die Botschaft klar: Statt Arbeitsentlastungen anzubieten, wird noch mehr Arbeitsleistung von den Lehrkräften gefordert! Die der Gesundheit förderlichen Arbeitszeitregelungen wie Teilzeit, Antragsruhestand oder das Sabbatjahr werden weiter eingeschränkt oder komplett eingestampft. Den Kolleginnen und Kollegen, die nicht mehr können, wird die Perspektive auf Entlastung nahezu vollständig genommen. Von Ministerpräsident Söder wurde Kultusminister Piazzolo für sein »Krisenmanagement« explizit gelobt.

Wir sagen NEIN zu diesem Krisenmanagement. Uns reicht's!

So geht man mit seinen Beschäftigten nicht um, auch nicht in Zeiten der

akuten Gefährdung des Schulbetriebs! Die Lehrkräfte an den Schulen sind nicht mehr in der Lage, noch weitere Belastungen zu tragen. Sie benötigen dringend Arbeitsentlastung und keine weitere Arbeitsverdichtung! Es geht nicht um eine Stunde – es geht um das Ganze!

Wir, die GEW, schlagen folgende Maßnahmen vor, um Unterrichtsqualität zu sichern und die Gesundheit der Lehrkräfte zu schützen und zu erhalten. Diese Vorschläge wiederholen wir nun schon seit Jahren:

- Erneute Aussetzung der externen Evaluation.
- Eine Reform der Lehrkräfteausbildung, um der Realität der Bildungslandschaft gerecht zu werden.
- Eine vorübergehende Reduzierung der Stundentafel, um für alle Schülerinnen und Schüler flächendeckend qualifizierte Bildungsangebote zu sichern. Dies ist in unseren Augen die einzige Maßnahme, die kurzfristig dem Personalmangel entgegenwirkt, ohne die Kolleginnen und Kollegen zusätzlich zu belasten.
- Sinnlose Dokumentationen – nennen wir es mal Schriftwesen – müssen reduziert werden.
- Anerkennung von Teilzeit als Teilzeit.
- Systembetreuung von externen IT-Fachkräften, damit alle Stunden der Lehrerinnen und Lehrer bei den Schülerinnen und Schülern landen.
- Und vor allem: A 13 als Einstiegsbesoldung und gleiche Aufstiegsmöglichkeiten für alle Lehrkräfte. Höhergruppierung der angestellten Lehrkräfte und der Fach- und Förderlehrkräfte, um den Beruf für alle attraktiver zu machen.

Ministerpräsident Söder spricht sich übrigens gegen A 13 für Grund- und Mittelschullehrkräfte aus. Er hält offensichtlich nichts davon, den Beruf attraktiver zu machen. Er sagt: »Ich kenne die Zyklen, ich weiß, dass in ein paar Jahren gelten wird, was vor ein paar Jahren gegolten hat: zu viele Lehrkräfte für weniger Schüler. Aktuell ist das anders.« Ja, Herr Söder – vielen Dank! Und übrigens: Sollte es wider Erwarten in ein paar Jahren zu viele Lehrkräfte geben, die dann in multiprofessionellen Teams mit Kindern arbeiten könnten, weil für eine Klasse zwei Lehrkräfte zur Verfügung stehen würden, oder Zeit hätten, zu differenzieren oder nachmittags mit Schülerinnen und Schülern zum Schwimmenlernen gehen oder Umweltprojekte organisieren könnten – dann könnten wir vielleicht von guter Bildungsqualität sprechen. Davon sind wir heute leider weit entfernt!

Liebe Kolleginnen und Kollegen. solidarisiert euch, schreibt gemeinsam Protestbriefe an das Kultusministerium, an Politikerinnen und Politiker. Unterschreibt die Postkarten und gebt sie hier vorne am Pavillon ab.

Und sollten die Maßnahmen kommen, überlegt auch dann, wie ihr im Kollegium solidarisch damit umgeht – überlegt z. B., welche Belastungen reduziert werden können. Lasst nicht locker in euren Protesten!

Wir von der GEW werden weiter gegen diese Maßnahmen vorgehen und wir werden euch beraten und unterstützen, aber wir brauchen eure Unterstützung!

**Redebeitrag
von Ruth Brenner
bei der Kundgebung
am 17.1. in Fürth**





Foto: Andrea Wiczorek

Liebes Ministerium, wir sind diejenigen, die ihr dringend braucht!

Jahrelang hat dieses Ministerium darauf beharrt, dass es in Bayern mehr als genug Lehrer gibt, dass man die Situation fest im Griff hat. Wer das Gegenteil behauptet hat, etwa Berufsverbände, wurde als Nestbeschmutzer angeprangert. Es gibt in Bayern keinen Lehrermangel, alles ist perfekt! Regelmäßig nachzulesen in dem kultusministeriellen Magazin »Schule und wir«.

Anstatt sich selbst zu beweihräuchern, hätte man beizeiten Maßnahmen ergreifen sollen. Die Geburtenrate steigt ja vielleicht spontan, aber für die Schule gibt es immerhin sechs Jahre Vorlauf. Welches Unternehmen kann schon so langfristig planen?

Auch Pensionierungen kommen natürlich völlig überraschend. Niemand weiß im Voraus, wann der 65. Geburtstag ansteht, der ereignet sich mehr wie ein Vulkanausbruch: völlig unvorhersehbar! Vielleicht sind leichte seismische Störungen zuvor spürbar. Vielleicht.

Aber schauen wir uns doch mal diese Lösung voll salomonischer Weisheit – eine Wochenstunde Mehrarbeit – genauer an.

Die Idee des Crowdfunding: Es fehlt Geld. Wenn jeder einen Euro zahlt, haben wir ganz schnell mehrere Tausend zusammen und es tut keinem weh. Genial! Wenn im Stadtgebiet Ampeln

fehlen, ich aber grad keine Möglichkeit habe, an Unfallschwerpunkten welche nachzurüsten, lasse ich die anderen einfach eine Stunde länger brennen. Nicht so sinnvoll? Manche Analogieschlüsse sind eben nicht zulässig.

Welche Optionen gibt es also bei einer Stunde Mehrarbeit? Die Zuteilung von Lehrerstunden bleibt gleich, aber dasselbe Kollegium hat plötzlich mehr Stunden. Dann muss jemand gehen, damit die Rechnung wieder aufgeht. Und wer übernimmt dessen Klasse?

Bei 29 Stunden an fünf Wochentagen muss man fast täglich sechs Stunden unterrichten. Erstklässler haben oftmals nach der vierten oder fünften

Stunde Schulschluss. Dann halt Differenzierung in den höheren Klassen? Am besten in der Sportstunde, denn in Mathe, in der sechsten Stunde, schaffen das viele Schüler nimmer.

Irgendwie scheint die Rechnung nicht aufzugehen! Der Schuss könnte sogar nach hinten losgehen, weil der Mangel an Personen besteht, nicht an Zeitkonten.

Da mag sich nun mancher fragen, was die Lehrer sich so affig haben wegen einer Stunde. Klingt ja auch erstmal ganz harmlos. Bei genauerem Hinsehen wird schnell klar, dass die Ferien, auf die andere Arbeitnehmer neidgrün blicken, ja irgendwie wieder eingearbeitet werden müssen. Ergo erarbeiten Lehrer zwischen den Ferien immer Überstunden. Das zehrt!

Auf dem Schreibtisch türmen sich die Stapel im Laufe der Schulwochen immer höher, in den Ferien werden sie dann aufgeräumt. Privates wird während der Ferien abgearbeitet. Teils ganz Banales: Ein Kollege kommt immer nur nach den Ferien mit kurz geschnittenen Haaren.

Die ältere Kollegin hat es immer bis zu den nächsten Ferien geschafft, dann ist sie erkrankt, rechtzeitig zum Schulbeginn stand sie wieder auf der Matte. Irgendwann war klar, so kann es nicht weitergehen. Nun ist sie im Ruhestand.

Dieser Tage hat mir eine Kollegin erzählt, dass sie sehr krank war, nun Teilzeit arbeitet. Aber 24 Wochenstunden wird sie nicht schaffen. Und dann? Steigt sie aus? Damit stünde wieder eine Kraft weniger zur Verfügung. Auch hier ginge der Schuss nach hinten los.

Diese Belastung schlägt auf die Gesundheit, aber dann traut man sich nicht, daheim zu bleiben, um sich auszukurieren. Den Kindern fehlt sonst die Lernzeit. Aufgrund des Mangels an mobilen Reserven werden sie oftmals mit Stillarbeiten ausgerüstet und auf die übrigen Klassen verteilt. Die Kollegen müssen zusätzliche Stunden übernehmen oder werden mit Doppelführung beglückt. Dazu fällt mir der alte Begriff der »Kinderbewahranstalt« ein.

Die Kolleginnen und Kollegen treiben Raubbau an ihrer Gesundheit. Ei-

nes Tages ist dann die Luft raus. Aber durchatmen ist nicht angesagt, denn sie müssen bis zum bitteren Ende durchhalten. Ich will jetzt keinesfalls unterstellen, das sei Absicht, um Gelder für Pensionen einzusparen, weil die Betroffenen dann komplett am Ende sind. Eher denke ich, dass die Entscheider keine Vorstellung vom Alltag an Schulen haben.

Wie sieht der aus? 27 Kinder in einer ersten Klasse. Einer schließt sich auf dem Klo ein, weil er keine Lust auf Schule hat. Einer bedroht Mitschüler mit dem Messer. Eine kann sich den Lautwert der Buchstaben auch bis kurz vor Weihnachten noch nicht merken. Die Zwillinge sind perfekt darin, sich gegenseitig zu Streichen anzustacheln. Drei sprechen die deutsche Sprache nur rudimentär. Und das sind jetzt noch keine 27 Kinder!



In der vierten Klasse sitzen potenzielle Gymnasiasten gelangweilt und deshalb zu Schabernack aufgelegt neben Mitschülern, die auf Erstklassniveau rechnen. Nach jeder Pause stehen weinende Mädchen am Pult, weil sie auf dem Schulhof gnadenlos gemobbt werden. Gleichzeitig diskutiert jemand, ob es in der Probe nicht hierauf noch einen Punkt geben müsste. Der ADHS-Kandidat springt wie ein Flummiball durchs Klassenzimmer.

Leider keine überzeichnete Karikatur, sondern unser täglich Brot. Die Differenzierung musste leider ausfallen, weil die Kollegin zur Krankheitsvertretung eingeteilt war. Da kommt man echt erfrischt von der Arbeit heim! Aber dafür wird man ja zum Ausgleich schlecht

bezahlt. Liebes Ministerium, wir sind diejenigen, die ihr dringend braucht! Ihr solltet uns verhätscheln! Ohne uns seid ihr nämlich aufgeschmissen!

Aber irgendwie nimmt man die »Grundschuldantant« offenbar nicht für voll. Keiner kommt auf die Idee, mal nachzufragen, welche Vorschläge von Maßnahmen zur Überbrückung des Personalmangels denn aus der Praxis kämen. Das haben in den vergangenen Tagen viele Kolleginnen beklagt. Sie fühlen sich nicht wertgeschätzt! Recht haben sie!

Interessant auch die Tatsache, dass nur die Grundschulleute diese Stunde Mehrarbeit leisten sollen. Warum? Weil es in den Grundschulen Kinder gibt, deren Eltern Rabatz machen, wenn es nicht rundläuft? Anders als in Förder- und Mittelschulen, wo nur noch aufgegebenen Kinder ohne Lobby unterrichtet werden? Oder wie soll man das verstehen?

Oder trifft es die Grundschulleute, weil man sich darauf verlassen kann, dass sie für die lieben Kleinen die Zähne zusammenbeißen werden? Dass sie sich aufgrund ihres übergroßen Verantwortungsbewusstseins lieber selbst aufopfern? Dass sie auch diese Suppe, die man ihnen einbrockt, auslöffeln werden, wie all die anderen zuvor? Oder liegt es daran, dass hier vor allem Frauen arbeiten? Blöde Hühnchen, mit denen man alles machen kann? Die stemmen neben

dem Job noch Haushalt und Kindererziehung, im Zweifelsfall allein. Die haben gar keine Zeit und Energie, sich zu organisieren oder politisch zu arbeiten! Hier ist wenig Widerstand zu erwarten, also schlägt man hier zu?

Aber wenn sich das nun rumspricht, unter welchen Bedingungen man arbeitet – könnte das nicht Lehramtsstudenten verschrecken? Oder sie dazu veranlassen, in andere Bundesländer abzuwandern? Im westlichen Unterfranken schon seit geraumer Zeit ein Riesenproblem! Ach, nein. In Bayern ist ja alles perfekt!

**Redebeitrag
von Anke Schneider
bei der Kundgebung
am 18.1. in Würzburg**



Wie sollen wir neue Lehrer*innen für die Schulen gewinnen?

Wenn Herr Piazolo in seiner Pressemitteilung darauf verweist, – ich zitiere: »Da die Bedarfslage an Mittel- und Förderschulen innerhalb des dienstrechtlich vorgegebenen Zeitrahmens keine Rückgabephase ermöglicht, bleibt das Arbeitszeitkonto auf die Grundschule beschränkt«, Zitatende –, muss das Kultusministerium und die Regierung die Frage nach verstärkter Ausbildung von Lehrer*innen an allen drei betroffenen Schularten stellen.

Eine mögliche Stellenausschreibung könnte folgendermaßen ausschauen:

Das bieten wir:

- eine gesicherte 50-Stunden-Woche

mit Ausblick auf unvergütete Mehrarbeit

- eine sichere Pension, aber erst ab 66 Jahren
- falls es Ihnen in Ihrem Ruhestand langweilig wird, können Sie gerne weiterhin arbeiten
- belebende Heterogenität in größer werdenden Klassen
- hohe fachliche Anforderungen aufgrund verschiedenster Abschlüsse
- einen abwechslungsreichen Berufsalltag, frei von lähmenden Routinen

Das bringen Sie mit:

- die Bereitschaft, sich unverzüglich in neue Aufgabenbereiche und Fächer einzuarbeiten
- technisches Know-how als stellvertretende IT-Fachkraft

- ein eigenes Arbeitszimmer mit reichlich Platz für Unterrichtsmaterial
- die Bereitschaft, eigenes Geld für die Beschaffung von individuellem Arbeitsmaterial aufzuwenden
- Verzicht auf Privatleben
- private digitale Arbeitsgeräte
- hohe Leidenschaft bei Ihrer täglichen Arbeit
- hohes Selbstwertgefühl, wenn es um die Rechtfertigung Ihrer Berufswahl geht

Auch wenn der Vergleich mit der freien Wirtschaft ungeschickt ist: Der Fachkräftemangel kann sicher nicht durch Erhöhung der Arbeitszeit, Verzicht auf finanzielle Anerkennung und Mehrbelastungen aufgefangen wer-



den. Hier werden andere Wege beschritten, um die Attraktivität der Stellen zu erhöhen.

Das Kultusministerium betont, dass 1.000 neue Lehrer*innenstellen geschaffen wurden. Es macht bisher aber keine Überlegungen, von wem diese besetzt werden sollen. Bis vor ca. sechs Jahren benötigten Grundschullehrer*innen für das zweite Staatsexamen normalerweise einen Schnitt um die Note 2, damit sie angestellt wurden. Verständlicherweise haben sich die Absolvent*innen um eine andere Anstellung bemüht. Zugleich nimmt die Abbrecher*innenquote wäh-

rend des Studiums und des Vorbereitungsdienstes zu. Und wer entscheidet sich angesichts der Stellenausschreibung bewusst für das Lehramt an den betroffenen Schularten?

Wir als GEW wiederholen **unsere Forderungen** nach Entlastung, Anerkennung und Wertschätzung statt Mehrarbeit:

- zum Beispiel die Abschaffung zweiseitiger Zeugnisse in Textform
- die Reduzierung sinnloser Dokumentationen – nennen wir es mal Schriftwesen
- die Abschaffung des Übertritts – auch als Grundschulabitur bekannt
- die Anerkennung von Teilzeit als Teilzeit
- die Reduzierung der Kursgröße im Fachunterricht, insbesondere Wirtschaft
- eine Reform der Lehrkräfteausbildung
- die Bereitstellung von mehr Fachlehrer*innen und den Ausbau der mobilen Reserve
- eine zusätzliche schulhausinterne mobile Reserve
- die Bereitstellung von digitalen Arbeitsgeräten für Lehrer*innen
- mehr Verwaltungspersonal
- Systembetreuung durch externe IT-Fachkräfte – auch damit alle Lehrer*innenstunden bei den Schüler*innen landen
- eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen zum Beispiel durch Un-

terstützung bei Inklusion und Integration

- die Abschaffung der externen Evaluation, damit alle ausgebildeten Lehrkräfte auch in der Schule arbeiten
- **und vor allem: A 13 als Einstiegsbesoldung für alle Lehrkräfte**, um den Beruf auch in Grund- und Mittelschulen attraktiver zu machen – und weil wir es wert sind!

**Redebeitrag
von Michael Böhner
bei der Kundgebung
am 29.1. in München**



So können wir weder den Schüler*innen noch unserem Berufsethos gerecht werden

Hey Leute,

es ist wirklich saukalt und ich finde es so gut, dass ihr immer noch hier steht. Dafür habe ich auch eine Überraschung für euch – mich hat nämlich eine Kollegin angesprochen und gefragt, ob denn Herr Piazolo hier wäre. Und ich kann euch sagen. Er ist hier.



(Ich setze den Momel-Piazolo¹ auf seinen Platz und setze meine Rede fort.)

Ich werde mich aber vor allem an Sie wenden, Herr Prof. Dr. Piazolo, denn ich habe ein paar Fragen ausgewählt, mit

¹ Momel ist eine Figur aus einem Arbeitsheft zur Druckschrift.



denen Sie sich meiner Meinung nach beschäftigen sollten.

Vielleicht könnt ihr Lärm machen, wenn ich eine Frage gestellt habe, damit Herr Prof. Dr. Piazolo aufmerksam bleibt. Ich bin mir nämlich nicht sicher, ob die Personen im Kultusministerium die letzten Jahre überhaupt zugehört haben.

Ich beginne als Vater eines Grundschulkindes. Ich zitiere aus dem Flyer »Die bayerische Grundschule« des Kultusministeriums. Die Grundschule hat neben dem Wissenserwerb die Aufgabe, meine Tochter in ihrer Persönlichkeitsentwicklung zu unterstützen. Sie soll an ihre Erfahrungs- und Erlebniswelt anknüpfen und sie legt letztendlich den prägenden Grundstein für ihre weitere Schulkarriere. Der Grundschule kommt demnach größte Bedeutung zu.

Die Erlebniswelten der Kinder haben sich in den letzten Jahrzehnten aber immer schneller verändert und tun das noch. Die Voraussetzungen der Schülerinnen und Schüler sind bei Schuleintritt sehr unterschiedlich, die Anforderungen an die Lehrkräfte, allen Kindern gerecht zu werden, somit hoch. Daneben spricht der Grundschul-Flyer unter anderem von weiteren Aufgaben: Kooperationsklassen, Partnerklassen, Einzelinklusion, das Schulprofil »Inklusion«, jahrgangskombinierte Klassen, flexible Grundschule, Individualisierung in der Grundschule, Kinder mit zusätzlichem Sprachförderbedarf, Hochbegabung, Schulberatung, Übergangsklassen und Lehrplandruck und letztendlich die Tatsache, dass nach vier Jahren eine fundierte Aussage getroffen werden muss, welcher Schulort in der weiteren Schulkarriere der richtige sein wird – all das erfordert hoch qualifizierte Arbeit.

Eh schon mit der höchsten Unterrichtspflichtzeit innerhalb der Schullandschaft bedacht, müssen Grundschullehrerinnen und -lehrer nun eine Erhöhung der Arbeitszeit hinnehmen. Und verdienen dabei am wenigsten unter allen Lehrkräften. Ich erlebe persönlich, wie die Grundschullehrkräfte unter der Last ächzen, wie die Klasse meiner Tochter angesichts fehlender Vertretungslehrkräfte regelmäßig aufgeteilt wird und wie es aufgrund der Klassengröße unmöglich scheint, allen Kindern gerecht zu werden.

Herr Prof. Dr. Piazolo, wie können Sie es eigentlich verantworten, dass Grundschullehrkräfte angesichts der

umfassenden und verantwortungsvollen Aufgaben weniger verdienen als all ihre Kolleginnen und Kollegen an anderen Schulen, und warum wundern Sie sich eigentlich, dass viel zu wenige Menschen den damit unattraktivsten Lehrberuf aller Schularten wählen?

Ganz klar, A 13 für alle!

Als Lehrer an einem Förderzentrum spreche ich ebenfalls zu Ihnen. Der Lehrermangel führt schon lange zu teilweise dramatischen Situationen im Schulbetrieb. Ich will ein Beispiel herausnehmen. Sie behaupteten zu Beginn des Schuljahres noch, dass vor jeder Klasse eine Lehrkraft stehen würde. Nun, im Förder schulbereich ist es in der Regel eher so, dass eine Lehrkraft aufgrund von Klassen aufteilungen sehr häufig vor mindestens eineinhalb Klassen stehen muss. Die Klassen sind rappellvoll. Die Förderbedarfe der Kinder umfangreich und umfassend. Die Arbeit hochgradig anstrengend und belastend. Vertretungslehrer? Fehlanzeige. Mobile Reserven?



Längst alle verteilt. Aber wie gut, dass aufgeteilte Klassen in der Statistik nicht als ausgefallener Unterricht auffallen.

Herr Prof. Dr. Piazolo, es fehlt auch im Förderschulbereich massiv der Nachwuchs! Noch vor zehn Jahren wurden gut ausgebildete Förderschullehrkräfte mit teilweise absurden Einstellungsnoten in andere Bundesländer vertrieben oder mit befristeten Arbeitsverträgen abgespeist. Heute sind es nun Kolleginnen und Kollegen anderer Schularten, deren Not man mit prekären Beschäftigungsverhältnissen ausnutzt, um den Schulbetrieb aufrechterhalten zu können. Und die Nachqualifizierungsmöglichkeiten täuschen nicht darüber hin-

weg, dass die Qualität der sonderpädagogischen Arbeit darunter leiden muss und das Arbeitspensum der bestehenden Fachkräfte erhöht wird.

Ich denke, ich spreche für alle Lehrkräfte, die ihren Job noch mit einem gewissen Idealismus betreiben, es sind nicht die allgemeinen Dienstpflichten, die belasten und krank machen, es ist die Gewissheit, den Schülerinnen und Schülern und ihren individuellen Bedürfnissen aufgrund der bestehenden und sich verschärfenden Rahmenbedingungen nicht mehr gerecht werden zu können.

Herr Prof. Dr. Piazolo, wie können Sie es eigentlich verantworten, dass einer Lehrkraft heute eigentlich nur noch zwei Möglichkeiten bleiben, um den Beruf möglichst gesund bis zum Ende durchzuhalten – entweder den eigenen Anspruch begraben, um sich nicht komplett aufzuarbeiten, oder aber ein Teilzeitmodell wählen, das Sie jetzt einschränken?

Auch als Personalrat habe ich eine Frage ausgewählt, die zum Thema passt. Vielen Dank übrigens für Ihr Maßnahmenpaket, das hat meinen Arbeitsaufwand in den letzten Wochen erheblich erhöht – und die Nachfragen bezogen sich nicht auf Ihre Bitte um Solidarität und freiwillige Stundenerhöhung. Aber was ich wirklich wissen will: Sie jammern ja gerne darüber, dass so viele Lehrkräfte Teilzeit arbeiten und dass das schlecht für Kollegien wäre. Ich kann Ihnen sagen, gerade ältere Lehrerinnen und Lehrer arbeiten vor allem deswegen oftmals in Teilzeit, weil sie kaum eine andere Chance sehen, dem Druck standzuhalten und all die außerunterrichtlichen Dienstpflichten zu schaffen. Sie wollen Beispiele? Eine Klassenleitung mit 15 Stunden Unterrichtsverpflichtung schreibt in der Regel trotzdem alle Zeugnisse, korrigiert alle Schülerarbeiten, führt alle Lernentwicklungsgespräche und sonstige Elterngespräche, schreibt alle Förderpläne, leitet alle Elternabende, entwickelt Schulprofile oder schulhausinterne Lehrpläne, schreibt Stoffverteilungspläne, kommt zu allen Konferenzen und Teamsitzungen, übernimmt eben immer Verantwortung für alle ihre Schülerinnen und Schüler. Dabei gibt es ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts, das Teilzeit über die Unterrichtspflichtzeit hinaus regelt: Teilzeit-

kräfte dürfen nur entsprechend ihrer Quote zur Dienstleistung herangezogen werden, und das betrifft alle außerunterrichtlichen Tätigkeiten genauso wie Funktionstätigkeiten. Jetzt kommen Sie mit einer Reduzierung der Teilzeitmöglichkeiten und erhöhen auf betroffene Lehrkräfte noch den Druck?

Herr Prof. Dr. Piazolo, wie können Sie es angesichts Ihrer Fürsorgepflicht eigentlich verantworten, dass das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zur Teilzeit im Schulbetrieb nicht konsequent umgesetzt wird und in Teilzeit arbeitende Kolleginnen und Kollegen aller Schularten damit offensichtlich ausgebeutet und durch Ihre Maßnahme noch weiter ausgebeutet werden?

Als Gewerkschafter der GEW sage ich Ihnen, Ihr Maßnahmenpaket beschönigt vielleicht die Zahlen auf Ihrem Papier. Aber es ist viel zu kurz gedacht. Als Lösung für die langfristigen Probleme innerhalb der Schullandschaft kann es nicht herhalten. Sie kennen ja die Prognosen zum Lehrermangel – allein 2025 werden weitere 25.000 Grundschullehrkräfte deutschlandweit fehlen. Und es ist offensichtlicher denn je: Un-

ser Schulsystem in seiner derzeitigen Form ist nicht in der Lage, angemessen auf die Anforderungen unserer Zeit zu reagieren.

Nirgendwo ist schulischer Erfolg so abhängig von der sozialen Herkunft wie in Bayern. Statt Verhältnisse zu ändern, werden Verhältnisse zementiert. Auf die globalen gravierenden und existenziellen Fragen finden sich keine Antworten. PISA, VERA, IGLU und wie sie alle heißen können nicht darüber hinwegtäuschen: den unterschiedlichen Bedürfnissen und Potenzialen der Schülerschaft wird Schule in dieser Form in den nächsten Jahren nicht gerecht werden können.

Ich fordere Sie auf zuzuhören, wenn Kolleginnen und Kollegen aus der Praxis sprechen und Lösungsvorschläge unterbreiten. Ich fordere Sie auf, Sorgen ernst zu nehmen und endlich eine politische Debatte darüber zu führen, was unser Bildungssystem in der Zukunft leisten muss und wie Schule entsprechend neu gedacht werden kann.

Hören Sie auf, die Löcher mit zweifelhaften Maßnahmen zu stopfen und ein »Immer mehr« auf die Rücken der Beschäftigten zu packen. Machen Sie jetzt Ihre Hausaufgaben, und zwar anständig!

Denn es geht letztendlich um Bildungsqualität und die Zukunft derer, die noch keinerlei Verantwortung dafür tragen können, was wir Ihnen hinterlassen.

Ich habe keine weiteren Fragen. Vielen Dank.

**Redebeitrag
von Florian Kohl
bei der Kundgebung
am 7.2. in Nürnberg**

»Piazolo Paket? – GEW lehnt Maßnahmenpaket entschieden ab!«

Die GEW informierte und aktivierte in den letzten Wochen die betroffenen Kolleg*innen in den Grund-, Mittel- und Förderschulen über die Postkartenaktion „Piazolo Paket? Annahme verweigert!“ und über Plakate für die Schulen. Auch in Zukunft werden wir dranbleiben und weitere Materialien erstellen. Deshalb lohnt immer wieder ein Blick auf unsere Homepage (gew-bayern.de). Unter gew-bayern.de/publikationen findet ihr alle Materialien, die ihr ausdrucken und herunterladen könnt. Helft bitte mit und verteilt sie an eure Kolleginnen und Kollegen vor Ort. Informationen zum Thema findet ihr hier: gew-bayern.de/schule/grund-und-mittelschule bzw. gew-bayern.de/schule/foerderschulen-und-zentren

Dorothea Weniger

Flashmob in Bamberg



In Bamberg wählte die GEW zusammen mit dem BLLV die eindrucksvolle Form des Flashmobs, um gegen Piazolos Teil- und Arbeitszeiterhöhung zu protestieren. Am Gabelmann trafen sich am 8. Februar knapp 200 Lehrkräfte. Sie forderten Entlastung statt weitere Belastung ihrer beruflichen Situation und endlich gleiches Eingangsgehalt für die Kolleg*innen in allen Schularten. Foto: Peter Lang